

Unterlage zur Sitzung im öffentlichen Teil

Gremium	am	TOP
Bezirksvertretung 8 (Kalk)	19.06.2008	7.2.12

Anlass:

Mitteilung der Verwaltung

Beantwortung von Anfragen
aus früheren Sitzungen

Beantwortung einer Anfrage
nach § 4 der Geschäftsord-
nung

Stellungnahme zu einem
Antrag nach § 3 der Ge-
schäftsordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 05.06.2008 betr. Einrichtung eines Lenkungsausschusses/Beirats auf Bezirksebene zum HID-Pilotprojekt in Humboldt-Gremberg

hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 05.06.2008 betr. Einrichtung eines Lenkungsausschusses/Beirats auf Bezirksebene zum HID-Pilotprojekt in Humboldt - Gremberg

Die Bezirksvertretung möge folgendes beschließen:

1. Die Einrichtung eines Lenkungsausschusses im Sinne eines Projektmanagements, mindestens aber eines Beirats, der sich zusammensetzen soll aus:
 - a) Bezirksbürgermeister
 - b) Vertretern der Fraktionen in der BV Kalk
 - c) Bürgeramtsleiter
 - d) Vertreterin der Verwaltung
 - e) Vertreterin von empirica
 - f) wenn möglich Vertreterin MBV NW

zusätzlich mit den anerkannten Experten:

- g) Prof. Dr. Schubert, FH Köln
- h) Prof. Dr. Blasius, Uni Köln
- i) Prof. Prinz, Kürten

2. mit einer regelmäßigen Vierteljährlichen Sitzungsfolge zu Beginn

3. Informationen der BV Kalk zum Auftrag von empirica und das von der Fachverwaltung vorgesehene Konzept zur Einführung eines HID bzw. den besonderen Handlungsansatz (Beispiel wie das integrierte Handlungskonzept im Rahmen der sozialen Stadt)

Stellungnahme der Verwaltung

Am 04.06.2008 hat der Landtag Nordrhein-Westfalen das Gesetz über Immobilien- und Standortgemeinschaften (ISGG NRW) beschlossen. Auf der Grundlage eines mit den städtebaulichen Zielen der Gemeinde abgestimmten Konzepts soll eine Immobilienstandortgemeinschaft in privater Verantwortung und in Ergänzung zu den Aufgaben der Gemeinde standortbezogene Maßnahmen durchführen, die der Stärkung oder Entwicklung von Bereichen der Innenstadt oder Stadtteilzentren dienen.

Parallel dazu wird in 3 Gemeinden in NRW ein Modellprojekt zu dem Thema Immobilienstandortgemeinschaft in Wohnquartieren durchgeführt. Die Stadt Köln hat sich mit dem Quartier Taunusstraße um die Teilnahme beworben.

Zu Beginn des Modellprojektes wurde eine Datenerhebung zu den Grundstücken aus dem Programmgebiet durchgeführt. Ein Kreis von Grundstückseigentümerinnen und -eigentümern wurde inzwischen zu einem ersten gemeinsamen Gespräch eingeladen. Probleme und Aufgaben wurden definiert und erste Lösungsansätze formuliert. Der Kreis soll nun erweitert werden um viele weitere interessierte Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer.

Die privaten Eigentümer werden in ihrem Unterfangen, ein eigenes Konzept zu entwickeln um die Geschehnisse ihres Quartiers positiv zu beeinflussen, von der Stadt Köln fachlich und sachlich begleitet und unterstützt. Es geht darum, den Eigentümern die Möglichkeit zu geben, sich selbst zu organisieren und ihre eigenen Interessen gemeinschaftlich wahrzunehmen. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie private Eigentümer motiviert werden können sich zusammenzuschließen, um gemeinsam die Wohn- und Lebensqualität in ihrem Quartier zu verbessern. Die Eigentümerversammlungen sind nicht öffentlich.

Das Ministerium für Bauen und Verkehr hat die empirica Stadt- und Strukturforchung GmbH mit der Organisation und der Moderierung der Eigentümergespräche beauftragt. Ansprechpartner für das Modellprojekt HID ist die Fachverwaltung. Mit der fachlichen und sachlichen Betreuung der privaten Immobilienstandortgemeinschaft ist in der Stadtverwaltung Köln das Amt für Stadtentwicklung und Statistik beauftragt.

Im Falle eines zusätzlichen Lenkungsausschusses bestünde das Risiko, dass die Eigentümer nicht vollständig selbst initiativ würden und den Prozess nicht als ihren eigenen verstehen könnten. Sie würden vermutlich eine eher passive Rolle einnehmen und von der Politik Lösungsansätze und Unterstützung erwarten statt selbst die Verantwortung zu übernehmen. Damit wäre es deutlich schwieriger, die Ziele des Modellvorhabens zu erreichen.

Die Verwaltung schlägt vor, die Bezirksvertretung regelmäßig zu informieren und Anregungen aufzunehmen. Die Einrichtung eines Lenkungsausschusses wird als nicht Ziel führend angesehen.